

8. März und das ganze Jahr

Der Sozialbereich steht unter Druck, Versprechen an systemerhaltende Beschäftigte während der Pandemie wurden nicht eingelöst. Die sog. Ausgaben zur Bewältigung der Krise machten Reiche reicher, nur 20% kamen unteren Einkommensschichten zugute. Budgetkürzungen im Bereich der Länder treffen vor allem den Sozialbereich hart. Während Einschnitte wie die Streichung des Pflegebonus durch den gemeinsamen Druck der Beschäftigten und Zivilgesellschaft verhindert werden konnten, hinterlassen die Kürzungen weiterhin auf allen Ebenen Spuren: von Einschränkungen im Bereich der Jugendarbeit, Wohnungslosenhilfe und Unterstützung von Arbeitslosen bis zu gestrichenen Unterstützungsangeboten für suchtkranke Menschen.

Wenn wir über Kürzungen sprechen, müssen wir aber auch über falsche Ausgaben sprechen – egal ob es sich dabei um Milliarden für Aufrüstung im Bund oder den Lobautunnel in Wien und andere Projekte in den Bundesländern handelt. Jeder Euro davon fehlt uns! Diese Kürzungen betreffen überproportional Frauen, weil sie 70 % der Beschäftigten stellen und ihre Klient:innen besonders betroffen sind. Fortschritte bei der Gleichstellung werden zurückgedrängt.

Schon im Herbst 2025 fand vor dem Parlament ein Frauenstreik statt und am 9. März 2026 streiken Frauen für Gleichstellung, Verteilungsgerechtigkeit sowie den Ausbau und die Aufwertung des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereichs. Initiativen wie Bündnis 0803, stillgelegt_now, Frauen*Streik, Enoughge-nug uvm. mobilisieren im deutschsprachigen Raum. Sie zeigen: Carearbeit und soziale Sicherheit, Gleichstellung und Gewaltfreiheit sind die Grundlage einer gerechten Gesellschaft.



Sie gehen uns alle an! Straße und als Gewerkschafter:innen auch in den Betrieben aktiv. Dafür sind wir am 8. März und das ganze Jahr auf der

Druck von unten bei Kollektivvertragsverhandlungen

Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren. Das hat die Kollektivvertragsrunde im Gesundheits- und Sozialbereich einmal mehr bewiesen. Ohne Demos, Kundgebungen und zwei (Warn-)Streikwellen in hunderten Einrichtungen, ohne die Aktivität abertausender Kolleg:innen wären die Abschlüsse noch niedriger ausgefallen. Die Gehaltserhöhung im SWÖ von nur 2,6% ab dem 1. April 2026 und für 2027 abhängig von der Inflationsrate 2,3% bis 2,5% führen dazu, dass die working poor in unserer Branche noch mehr werden und der Abstand des Mediangehalts in der Branche zum gesamtgesellschaftlichen noch größer wird. Das hat Konsequenzen für uns als Beschäftigte, wirft

einmal mehr die Frage auf, ob unsere Arbeit der Gesellschaft im wahrsten Sinne des Wortes weniger wert ist. Gerade deshalb braucht es einen aktiven Kampf gegen die Kürzungspolitik auf allen Ebenen, welche für derartige Kollektivvertragsabschlüsse verantwortlich ist!

Wenn die Finanzierung überwiegend aus öffentlichen Mitteln erfolgt, sind die Spielräume in den Verhandlungen entsprechend eng, solange sich die Betriebe dieser unterordnen, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung also nicht nachkommen.

Daher muss gerade in Zeiten des budgetären Kahl-schlags dringend diskutiert werden, ob Kollektivvertragsverhandlungen künftig nicht früher geführt werden

müssen – bevor Budgets beschlossen werden –, damit die politisch Verantwortlichen nicht auf bereits beschlossene Mittel verweisen können.

Gleichzeitig war die Bereitschaft, in den Arbeitskampf zu treten, dieses Jahr so hoch wie noch nie: Diesem Druck von unten ist es zu verdanken, dass Kindergartenassistent:innen und Behindertenfachkräfte künftig besser eingestuft werden und zuschlagsfreie Mehrstunden in einigen Jahren Geschichte sein werden sowie Teilzeitbeschäftigte in permanenter Mehrarbeit das Recht auf Aufstockung der Arbeitszeit bekommen. Daraus können wir lernen: Wenn wir diese Kampf-bereitschaft wirklich nutzen, ist noch viel viel mehr möglich.